

# Der «kleine Bruder» ist auf gutem Weg

**FREIHANDEL** Die Handelsminister der EU sind zufrieden mit dem Ceta-Abkommen mit Kanada. Sie wollen aber, dass ihre Parlamente darüber abstimmen sollen.

REMO HESS, BRÜSSEL  
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Ein internes Papier des deutschen Ausussenministeriums machte vor dem gestrigen Treffen der EU-Handelsminister in Brüssel klar, worum es ging: «Wichtige Weichen» könnten gestellt und die «Messlatte für weitere Abkommen» gelegt werden. Die Rede war vom Freihandelsabkommen Ceta zwischen der EU und Kanada, das als Vorbild für den «grossen Bruder», das Freihandelsabkommen TTIP mit den USA, dienen soll. Die TTIP-Verhandlungen befinden sich in einer schwierigen Situation. Die Veröffentlichungen von internen Dokumenten Anfang Mai zeigten, wie die USA europäische Konsumentenstandards zu untergraben und beispielsweise den Import von Genfood durchzusetzen versuchen.

## Ein Testlauf für TTIP

Was die Handelsminister nun zum Ceta-Abkommen mit Kanada zu sagen hatten, wurde deshalb als «Testlauf für TTIP» betrachtet. Einig war man sich, dass es sich um ein «gutes und ambitioniertes Abkommen» handelt, wie Deutschlands Staatssekretär Matthias Machnig festhielt, der Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel vertrat. Die Niveaus im Bereich Gesundheit, Umwelt und Konsumentenschutz würden erhalten, so Machnig. Auch der Zugang zum öffentlichen Beschaffungswesen sei zufriedenstellend geregelt und die gegenseitige Akzeptanz von Produktzertifizierungen gewährleistet. Damit sprach Machnig genau die drei grössten TTIP-Baustellen an (siehe Box). Umstritten

war im Vorfeld die Art und Weise, wie das Abkommen ratifiziert werden sollte. Die EU-Kommission schlägt vor, das Abkommen in eigener Kompetenz zu verabschieden – das heisst ohne die Mitsprache der nationalen Parlamente. Die Handelsminister wehrten sich jedoch einstimmig dagegen, weil das Abkommen viele Bereiche nationaler Souveränität berühre. Das bedeutet, dass Ceta vor der Umsetzung neben den Ministern der EU-Mitgliedsstaaten und dem EU-Parlament auch von den einzelnen nationalen Parlamenten gutgeheissen werden müsste. Das fertige Abkommen sollte Ende Juni auf dem Tisch liegen, worauf es dann im September dem EU-Parlament und dem Rat der

EU-Staaten vorgelegt werden könnte. Die Ratifizierung könnte im Oktober beim Besuch des kanadischen Premierminister Justin Trudeau in Brüssel stattfinden.

## Schweiz unter Druck

Was den Zwischenstand bei den TTIP-Verhandlungen angeht, sei man so weit, dass im Juli die Positionen der USA und der EU schriftlich zusammengeführt werden, so EU-Kommissarin Cecilia Malmström. Das Ziel sei weiterhin, TTIP noch vor dem Ablauf der Amtszeit von US-Präsident Barack Obama Ende 2016 spruchreif zu machen. Ob dies gelingt, ist jedoch mehr als unsicher. Erst kürzlich sagte Frankreichs Präsident François Hollande, dass er ein Abkommen ab-

lehne, das «unsere Landwirtschaft, unsere Kultur und den wechselseitigen Zugang zu öffentlichen Aufträgen» in Frage stelle. Auch Österreichs Handelsminister Reinhold Mitterlehner sah TTIP gestern «in weite Ferne gerückt».

Die beiden Freihandelsabkommen der EU mit Nordamerika setzen auch die Schweiz unter Druck. Würde sie nachträglich teilnehmen, würde die Marktöffnung in der Landwirtschaft hierzulande wohl für grosse Widerstände sorgen. Ein eigenes Freihandelsabkommen mit den USA scheiterte schon 2006 an der Gegenwehr der Bauern. Auch von linker Seite wurden bereits starke Vorbehalte aus Gründen des Konsumentenschutzes geäussert.



EU-Kommissarin Cecilia Malmström (Bildmitte) im Gespräch mit Kollegen gestern in Brüssel.

EPA/Olivier Hoslet

## Das sind die Baustellen

**TTIP rbb.** Das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU, TTIP genannt, enthält einige Streitpunkte:

• **Herkunftsbezeichnungen:** Es geht um Champagner und Feta-Käse. Die EU möchte, dass geografisch gebundene Markenbezeichnungen wie der gleichnamige Schaumwein aus der französischen Champagne oder Feta-Käse aus Griechenland respektiert werden. Die USA hingegen stellen sich auf den Standpunkt, dass Bezeichnungen wie «Feta» mehr eine ganze Lebensmittelkategorie als ein spezifisches Produkt beschreiben.

• **Investorenschutz:** Der Investitionsschutz regelt, wie Streitfälle zwischen Unternehmen und Regierung geschlichtet werden. Die USA möchten, dass Konflikte vor einem internationalen Schiedsgericht ausgetragen werden. Die EU ist dagegen. Sie kritisiert, dass diese Gerichte intransparent sind und die Richter (oft Fachanwälte) keiner demokratischen Kontrolle unterliegen. Allgemein fürchtet sie sich vor der in den USA stark ausgebauten Prozesskultur.

• **Öffentliche Aufträge:** Die USA sperren sich gegen einen freien Zugang europäischer Unternehmen zum Beschaffungswesen. Zum Beispiel beharren sie auf «Buy American»-Klauseln, die die Verwendung von amerikanischen Produkten oder die Beanspruchung von amerikanischen Subunternehmen vorsieht. Präsident Obama hat hier nur begrenzt Einfluss, weil das öffentliche Beschaffungswesen meist auf Ebene Bundesstaat geregelt ist.

## EZB: Neue Wege mit grosser Wirkung

Manche Leute reiben sich die Augen. Vor kurzem sind sie noch jenen Apologeten gefolgt, die den Zusammenbruch des Euro prophezeit haben. Andere waren geradezu gemässigt, wie die in New York beheimatete Investment Bank Goldman Sachs, die als Jahreswette 2016 den US-Dollar 20 Prozent gegenüber dem Euro steigen gesehen hat. Diese Voraussage wurde schon nach wenigen Monaten im Jahr 2016 radikal umgestossen. Als starke Währung erweist sich inzwischen der Euro, auch gegenüber Leitwährungen wie dem US-Dollar, dem britischen Pfund und dem chinesischen Renminbi. Keine Volkswirtschaft weist derart hohe Überschüsse in der Handels- und Leistungsbilanz auf wie der Euroraum. Die Wettbewerbsfähigkeit widerspiegelt sich in der Stärke der Währung.

**Gewiss ist die europäische Währungsunion** ein hochkomplexes Konstrukt, weil unterschiedlichste Länder mit einer heterogenen volkswirtschaftlichen Struktur geldpolitische Autonomie an eine unabhängige Zentralbank abgetreten haben. Diese wiederum ist einzig der Preisstabilität verpflichtet, und im Nachhinein stellt sich heraus, dass sie nach der Finanzkrise geldpolitisch wohl zu zaghaft vorgegangen ist. In den USA ist die Federal Reserve auch der Vollbeschäftigung verpflichtet. Damit begründet Letztere ihre ultralockere Geldpolitik als unmittelbare Reaktion auf den Ausbruch der Immobilien- und Finanzkrise von 2008.

**Die europäische Zentralbank (EZB)** stabilisiert mit ihrer Geldpolitik die Wirtschaftslage im Falle von Nachfrageschocks, aber nicht dermassen stark, dass davon gleich Arbeitsmarkimpulse ausgehen. Sobald die Teuerung bedeutend wächst, wird die EZB die

Zinsen erhöhen, um einer konjunkturellen Überhitzung entgegenzusteuern. Beim gegenwärtigen Wachstum von rund 1,5 Prozent kann davon keine Rede sein. Eine nachhaltige Korrektur des negativen Preistrends ist noch nicht zu erkennen.

**Die Wirtschaftslage ihrerseits** ist weniger von der EZB als von den Rahmenbedingungen abhängig. Strukturelle Verbesserungen in der Steuerpolitik und tragfähige Staatsfinanzen sind ebenso notwendig wie beispielsweise der italienische Jobs Act, mit dem Einstellungsbarrieren abgebaut wurden,

## AUSSICHTEN

um neue, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. In vielen Ländern muss auch noch an einer schlanken, zuverlässigen und effizienten Verwaltung gearbeitet werden.

**Geldpolitisch macht die EZB** vieles gut, und mit den am 10. März beschlossenen Massnahmen erzielt sie eine noch zu wenig beachtete Wirkung. Die komplexe Fi-

nanzkrise und ein ungewöhnlich lang andauernder Wirtschaftsabschwung wirken nach wie vor auf die Zinskurve. Die EZB möchte mit ihrer lange Zeit zurückhaltenden, mittlerweile aber stark expansiven Geldpolitik die Zinsen weiterhin tief halten und die Wirtschaft stabilisieren. Dazu zählt, dass sie die Inflation auf ein Niveau von rund 2 Prozent zurückführen will. Mit dem Ankauf von Unternehmensanleihen verbessert sie zudem die Finanzierungsbedingungen direkt und höchst wirksam, was zu vermehrten Investitionen anregt und zu einer verbesserten Beschäftigungslage führen sowie die Erholung der europäischen Realwirtschaft stimulieren soll.

**Was abstrakt klingt,** können wir am Beispiel des Autobahn- und Flughafen-Betreibers Atlantia darstellen. Das ist eine attraktive italienische Unternehmung, die in der Infrastruktur-Modernisierung sowie den damit verbundenen stetigen Gebühren-Erträgen eine interessante Zukunft sieht. Die eindruckliche Erneuerung der Autobahn zwischen Bologna und Florenz mit 41 neuen Tunneln und 41 neuen Viadukten hat die Firma 4,1 Milliarden Euro gekostet und die Kapazität

erheblich erweitert. Bereits in den ersten Wochen nach der Eröffnung im Dezember 2015 war die Zunahme des Verkehrsaufkommens deutlich spürbar, im Personenwagenverkehr wie auch im gewerblich-industriell geprägten Lastwagenverkehr. Ähnlich erfolgreich gestalten sich die Infrastrukturverbesserungen von Atlantia am Flughafen Rom. Beides hat die Firma darin bestärkt, die Infrastrukturvorhaben in den kommenden Jahren zu forcieren, auch als Ergebnis der geringeren Fremdkapitalkosten. Musste Atlantia im Geschäftsjahr 2014 durchschnittlich noch 4,7 Prozent Zins bezahlen, fallen diese mit jeder Anleiheemission massiv. Die jüngsten Anleihen («Autostrade per l'Italia») weisen bei einer Laufzeit von 6 bis 7 Jahren nur noch einen Coupon von rund 1,1 Prozent auf. Somit ist absehbar, dass die Finanzierungskosten bis 2023 sukzessive sinken werden. Steigende Bruttoerträge, geprägt durch die verbesserte Infrastruktur wie auch durch die sich aufhellende Wirtschaftstätigkeit, verbessern Erfolgsrechnung und Bilanz massiv.

**Genau auf Unternehmen wie Atlantia** zielen die jüngsten Massnahmen der EZB, die nicht mehr in Bankbilanzen verpuffen, sondern nun in der Realwirtschaft ankommen. Dieser eindruckliche Transmissionsmechanismus stimmt mich zuversichtlich, in Europa vor einem Aufschwung zu stehen, der weniger von staatlichen Ausgaben als vielmehr von privater Investitionstätigkeit und Privatkonsum geprägt sein wird.

## HINWEIS

Maurice Pedergnana (51) ist Professor für Banking und Finance an der Hochschule Luzern und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen.

## Edi Bähler verlässt Local und Search



**VERZEICHNIS sda.** Edi Bähler (Bild) nimmt beim Verzeichnisdienst Swisscom Directories den Hut. Der bisherige Chef leitet das Unternehmen noch, bis ein Nachfolger bestimmt ist.

Das soll bis Mitte Jahr geschehen, teilte das Unternehmen gestern mit. Bähler leitet die Firma seit knapp sechs Jahren. Er nimmt nun eine neue, nicht genannte Aufgabe an. Zu Swisscom Directories gehören die im März fusionierten Dienste Local.ch und Search.ch.

## ANZEIGE

### INFRASTRUKTUR SCHWEIZ



«Lesen Sie in unserer Kundeninformation Check-Up ([www.reichmuthco.ch](http://www.reichmuthco.ch)), wie wir für unsere Kunden diese Kategorie mit stabilen Renditen und Eigentum am Realwert erschliessen.»

Dr. Stefan Hasenböhler

PRIVATBANKIERS  
**REICHMUTH & CO**  
INTEGRALE VERMÖGENSVERWALTUNG

CH-6000 LUZERN 7 RÜTLIGASSE 1 +41 41 249 49 49  
CH-8002 ZÜRICH TÖDISTRASSE 63 +41 44 299 49 49  
[www.reichmuthco.ch](http://www.reichmuthco.ch)